



# Indymedia Printausgabe

Ausgabe vom 16.08.2004

**Themen:** Montagsdemonstrationen +++ Referendum und Unruhen in Venezuela +++ soziale Kämpfe weltweit +++ Störfälle in AKW Grundremmingen +++ Besetzung in Köln +++ und mehr

Aktuelle Berichterstattung von AktivistInnen auf der Strasse auch im Web unter <http://de.indymedia.org>

## Jeden Montag mehr....

von einige von vielen - 14.08.2004

**Die Montagsdemonstrationen, die seit 3 Wochen stattfinden, sind der für den Herbst von verschiedenen Gruppen geplanten Kampagne gegen Hartz IV zuvorgekommen.**

Nachdem am 2.August mehr als 10.000 Menschen in verschiedenen Städten Sachsen-Anhalts auf die Straße gingen, stießen die Proteste auf sehr viel Medienresonanz, wobei die Presse nur bestimmte Dinge hervorhob. Politiker aller Parteien drochen auf die Proteste ein. Besonders der vereinzelte Versuch von Neonazis, die Demonstrationen zu missbrauchen, um Ausländer und Minderheiten als Sündenböcke zu präsentieren, wurden genutzt, um die Proteste zu denunzieren...

Am 9.8. fanden dann in mehr als 30 Städten Montagsdemonstrationen statt, an denen insgesamt mehr als 40.000 Menschen teilnahmen. Während die Führungsebene des DGB, welche den Sozialabbau der Bundesregierung größtenteils unterstützt, überlegte, die Kontrolle über die Proteste zu übernehmen -wie auch schon bei der Großdemonstration am 3.April-, versuchte die Bundesregierung mit scheinbaren Zugeständnissen den Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Unterstützung erhielt die Bundesregierung dabei vom Sozialverband. Die DGB-Spitze greift mittlerweile Teile der Bewegung an und vergleicht dabei linke Gruppen direkt mit den Nazis. Einzelne Ortsverbände des DGB wollen sich dennoch an den Demonstrationen beteiligen. Heute wird es in mindestens 70 Städten Demonstrationen geben.

Teile der sozialen Bewegungen erkennen allmählich, daß Demonstrationen und Kundgebungen alleine nicht genügen und planen Aktionen des zivilen Ungehorsams, Besetzungen, Streiks usw.

In anderen Ländern wehren sich soziale Bewegungen schon länger gegen den neoliberalen Umbau der Gesellschaft: Fabrikbesetzungen in fast allen Ländern Europas, Generalstreiks besonders in Italien, Spanien oder Frankreich, Massendemonstrationen, an denen teilweise Millionen teilnehmen und so weiter. Strukturen wie Sozialforen, Soziale Zentren, basisdemokratische Gewerkschaften und Netzwerke des Widerstands bilden sich oder werden gestärkt.

In Deutschland war bis zum November letzten Jahres, als spontan 100.000 in Berlin gegen Sozialabbau demonstrierten und wenig später bundesweit Studierende streikten, wenig von sozialer Bewegung zu spüren.



Die Reaktion von Politik und Wirtschaft: Auf der einen Seite wird versucht, auf die Protestdynamik einfluss zu nehmen und versuchen staatstregende Gewerkschaften und NGO's die Bewegung zu befrieden. Auf der anderen Seite werden besonders seit dem 11.September mit Hinblick auf wachsende Unzufriedenheit massiv demokratische Grundrechte abgebaut, beispiellose Überwachungsmaßnahmen eingeführt, Befugnisse der Behörden erweitert, Anti-protest-Gesetze erlassen und allmählich ein autoritärer Polizei- und Überwachungsstaat errichtet.

(umfangreiches Feature zum Abbau der Grundrechte siehe: - [de.indymedia.org/2004/07/87215.shtml](http://de.indymedia.org/2004/07/87215.shtml))

**Ausfühlicher:** [de.indymedia.org/2004/08/89225.shtml](http://de.indymedia.org/2004/08/89225.shtml)

Mehr Infos zum Thema:

Anti-Hartz-Bündnis - [www.anti-hartz.de](http://www.anti-hartz.de)  
LabourNet Germany - [www.labournet.de](http://www.labournet.de)  
[www.montags-gegen-2010.de](http://www.montags-gegen-2010.de)



## Montagsdemonstrationen heute:

Aachen, Aschersleben, Bamberg, Barnsdorf, Berlin, Bochum, Bottrop, Brandenburg/Havel, Braunschweig, Bremen, Bremerhaven, Burg Chemnitz, Darmstadt, Dessau, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Eisenach, Eisenhüttenstadt, Erkner, Essen, Frankfurt/M, Gelsenkirchen, Genthin, Gera, Greiz, Hagen, Halberstadt, Haldensleben, Halle, Hamburg, Hamm, Hannover, Herne, Hettstedt, Hoyerswerda, Jena, Jüterbog, Kassel, Kiel, Köln, Kyritz, Leipzig, Lübeck, Lüdenscheid, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Markneukirchen (Sachsen), Merseburg, Mülheim/Ruhr, München, Münster, Naumburg, Neubrandenburg, Osnabrück, Osterburg, Plauen, Quedlinburg, Recklinghausen, Rostock, Saarbrücken, Schwedt, Schwerin, Senftenberg, Solingen, Sonneberg, Spremberg, Stendhal, Stollberg, Stuttgart, Suhl, Tangerhütte, Tübingen, Ulm, Waren, Weißenfels, Wernigerode, Wismar, Witten, Wittenberge, Wuppertal, Zeitz, Zittau

### Donnerstag, 19.08.2004 - Aktionstag in Berlin

15:00 Uhr: Auftaktkundgebung: Agentur für Arbeit, Charlottenstraße, Berlin-Kreuzberg  
15:15 - 18:00 Uhr: Asamblee / Öffentliche Ratsversammlung: Friedrichstraße Ecke Kochstraße

## Viele Arbeitslose künftig nicht versichert...

von rr/autanop - 31.07.2004

**Wer nicht als "bedürftig" gilt soll bald wegen Arbeitslosengeld II die Krankenkasse selbst zahlen - als freiwillig versicherter...Mindestens 115 Euro pro Monat...**

Das Bundesministerium hat es mittlerweile bestätigt: Wenn nach der grundlegenden Prüfung von Vermögen und Einkommen nicht feststeht, daß mensch "bedürftig" ist, dann sei sichergestellt, dass das Einkommen und das Vermögen auch reicht um die Krankenkasse selbst zu zahlen. So zumindest die Sprecherin des Bundesgesundheitsministeriums, Andrea Weinert. Eine Zahl der Betroffenen konnte oder wollte sie jedoch nicht nennen. Angesichts der hohen Zahl derer, die von der Reform betroffen sind dürfte die Zahl aber in die zehntausende gehen. Glück hat, wer sich irgendwo als Student einschreiben kann, der kann auf einen Studententarif hoffen. Für über 30-Jährige geht das in der Regel aber nicht mehr. Glück hat auch, wer verheiratet ist und einen Arbeitenden Ehegatten hat, der kann in die Familienversicherung rutschen. Pech hat, wer als Single einfach nur länger Arbeitslos ist und ein bisschen was angespart hat, der muss das alles selbst zahlen. Mindestens 115 EURO im Monat.



+++ Alle Meldungen zusammengestellt aus <http://de.indymedia.org> +++

Seite 1

## Venezuela vor dem Referendum

von Übersetzt und Zusammengefasst, 13.08.2004

**Für den Sonntag war ein landesweites Referendum in Venezuela angekündigt, welches entscheiden soll, ob Hugo Chávez an der Macht bleibt.**



Großdemonstration am Sonntag, den 8. August in Caracas

Das Referendum wurde von der rechten Opposition durchgesetzt, welche die Oberschicht des Landes vertritt und die Kontrolle über Medien und Polizei besitzt. Die Opposition ist ein heterogenes Sammelbecken der wichtigsten Akteure des alten politischen Systems, das mit der Wahl Chávez 1998 und der neuen bolivarianischen Verfassung die Macht im Staat zum Teil eingebüsst hat. Dazu zählen u.a. die beiden traditionellen Parteien Accion Democratica (Sozialdemokratisch) und COPEI (Christlich-konservativ), Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Privatmedien und die Kirche.

Auch wenn das Ergebnis des Referendum für das Land von großer Bedeutung ist, ist es nur ein Teil der langen Geschichte sozialer Bewegungen in Venezuela, wo 80% der Bevölkerung in Armut lebt und die oberen 20% fast alle Ressourcen kontrolliert. Im Falle eines Sieges der Opposition hat deren Führer und ehemalige Präsident Venezuelas Andrés Pérez erklärt, mit Unterstützung der USA eine Diktatur errichten zu wollen. Journalisten gegenüber bemerkte er: "Chávez muss sterben wie ein Hund, denn das ist es, was er verdient.". Unterdessen mehren sich die Anzeichen für einen möglichen erneuten von den USA unterstützten Putschversuch..

Am Sonntag demonstrierten mehrere hunderttausend Menschen in Caracas gegen die rechte Opposition, welche am Montag eine Großdemonstration veranstaltete. Unterstützung erhalten die sozialen Bewegungen auch in anderen lateinamerikanischen Ländern...

**Feature:** [de.indymedia.org/2004/08/89109.shtml](http://de.indymedia.org/2004/08/89109.shtml)

### Venezuela: Die Medien arbeiten für den Betrug

von Linskrhein (übers.) - 15.08.2004

**Die privaten Fernsehkanäle haben eine Kampagne initiiert die einen grundlegenden internationalen Konsens in der öffentlichen Meinung für einen Betrug seitens des Officialismus [d.h. der Chavez-Regierung, d.Ü.] erzeugen soll**

Seit den frühen Morgenstunden kann man die Übertragungen der Chronisten von verschiedenen Wahl-lokalen sehen, von Dörfern, in denen die Opposition dominiert, mit Vorwürfen von Unregelmäßigkeiten in der Akkreditierung der WahlhelferInnen. Konkret tauchten z.B. fingierte Autorisierungen auf, die nicht vom CNE (Nationaler Wahlrat)

herausgegeben wurden. Im Staat Carabobo, der von einem Gegner von Chavez, Sala Roemer, regiert wird, bezog sich die Erläuterung darauf, dass in einer der wichtigsten Tageszeitungen des Landes, El Nacional, auch innerhalb der Verbotsfrist kurz vor den Wahlen für ein NEIN (d.h. gegen die Abwahl von Chavez, d.Ü.) geworben wird.

Aufgrund dieser beiden Vorfälle, die wir feststellen konnten und durch den Dialog mit verschiedenen venezolanischen Journalisten scheint es, als würde so das Terrain vorbereitet, Chavez bei einem möglichen Triumph Wahlbetrug vorzuwerfen.

Darüberhinaus hat die CANTV, die einzige private Telefongesellschaft von Venezuela, die zudem von einem der Anführer der Putschisten von April 2002 geleitet wird, gestern der Aporrea, dem wichtigsten alternativen Medium des Landes, das Signal abgestellt (le ha volteado la señal). Diese Agentur hat ein Netz errichtet, um das Geschehen bei den Wahllokalen vor Ort zeitnah mitzuverfolgen. Ohne Zweifel wird Aporrea nichtsdestotrotz senden. Morgen werden mehr als 14 Mio. VenezolanerInnen zu den Wahlurnen gehen. Nur anderthalb Mio. wählen dabei "von Hand", in den Orten, in denen es keine Infrastruktur für die Errichtung der landesweit über 19.000 elektronischen Wahlmaschinen gibt. Etwa 80 internationale WahlbeobachterInnen repräsentieren die [Vereinigten?] Staaten; dutzende weitere VertreterInnen kommen von verschiedenen sozialen, politischen und Menschenrechtsorganisationen, etc.

**Bericht:** [de.indymedia.org/2004/08/89258.shtml](http://de.indymedia.org/2004/08/89258.shtml)

### Versuchter Wahlbetrug aufgedeckt

von Basso - 15.08.2004

**Venezuela: Wahlbehörde spielt CD mit gefälschtem Wahlergebnis vor. Abstimmungsprozess bisher weitgehend friedlich, wenn auch schleppend**

Caracas, 15. August, 15.15 Uhr: In diesen Minuten hat Venezuelas Wahlbehörde CNE den Versuch eines Wahlbetrugs beim Referendum gegen Präsident Chávez bekannt gegeben. CNE-Präsident Francisco Carrasquero und CNE-Direktor Jorge Rodriguez erklärten in einer Pressekonferenz, in der Wahlbehörde sei eine Audio-CD mit einer vermeintlichen Bekanntgabe des CNE eingegangen, die Radiosender zugespielt worden sei. Anschließend spielten sie die CD vor: Nach dem offiziellen CNE-Jingle ist vor dem Hintergrund hupender Autos und jubelnder Menschen ein Sprecher zu hören, der verkündet, beim Referendum haetten 11 von 14 Millionen WählerInnen gegen Chávez und fuer die Opposition gestimmt. Anschließend gibt der Sprecher, der die Stimme von Carrasquero nachahmt, bekannt, dass Präsident Chávez somit seines Amtes enthoben sei.

Die plumpe Fälschung dürfte die Stimmung in Venezuela weiter anheizen. Die Abstimmung über das Referendum ist bis auf kleinere Zwischenfälle bisher friedlich verlaufen. Zum Teil über 8 Stunden mussten die Menschen an den Wahllokalen warten, um ihre Stimme fuer oder gegen eine Amtsenthebung von Chávez abzugeben. In Petare, ein chavezfreundlicher Stadtteil von Caracas, versuchten bewaffnete Motorradfahrer die Menschen mit Warnschüssen vom Wählen abzuhalten. In mehreren Fällen hat die Opposition versucht, mit

gefälschten Ausweisen ihre Leute als „internationale Beobachter“ in die Wahllokale einzuschmuggeln.

"Wir werden das Ergebnis annehmen, egal wie es ausfällt", erklärte Präsident Chávez, nachdem er im Stadtteil 23 de Enero seine Stimme abgegeben hatte. Die "Coordinadora Democrática" hatte sich zu einem entsprechenden Bekenntnis nicht durchringen können. Immerhin verpflichtete das Oppositionsbündnis sich dazu, nicht vorzeitig Zwischenergebnisse bekannt zu geben, wie Oppositionsführer Enrique Mendoza letzte Woche angedroht hatte. Die obskure Oppositions-Site [tefuiste.ath.cx](http://tefuiste.ath.cx) verbreitet unterdessen ein angebliches Abstimmungsergebnis von 61:39 fuer die Chávez-Gegner.

Von der Opposition gestreute Gerüchte, dass einige der Wahlmaschinen den Wählerwillen manipulieren, wurden vom nationalen Wahlamt als technisch unmöglich demontiert. Schon am Vormittag zeichneten sich allerdings Verzögerungen bei der Stimmabgabe ab - auf Grund technischer Probleme bei der elektronischen Verarbeitung der Fingerabdrücke, die eine mehrmalige Stimmabgabe verhindern sollen. Das CNE hat daher kurzfristig beschlossen, die Wahllokale bis 20.00 Uhr Ortszeit (2.00 in Deutschland) offen zu halten. Ein vorläufiges Wahlergebnis ist daher nicht vor Montag früh zur erwarten.

**Bericht:** [de.indymedia.org/2004/08/89294.shtml](http://de.indymedia.org/2004/08/89294.shtml)

**latest news – nacht zu montag** (von : barbaross@)  
Die Bahnpolizei hat im Osten das Feuer auf Chavistas eröffnet, welche daraufhin das Feuer erwiderten und zurückschossen. Aktivisten von Indymedia haben das auf Video dokumentiert und werden es bald veröffentlichen. Dies sind die Informationen die sie bislang haben. Die Aktivisten (Genossen) welche für Indy arbeiten, werden zurück auf die Strasse gehen um uns mit mehr Infos versorgen zu können

## Mexiko: Bürgermeister eingesperrt

von Quijote - 10.08.2004

**Am letzten Sonntag kam es in der Dorfgemeinde San Juan Chamula im Mexikanischen Bundesstaat Chiapas zu einem Aufstand von Bauern und anderen Dorfbewohnern. Sie drangen in das Rathaus ein und führten ihren Bürgermeister ab um ihn in das örtliche Gefängnis zu sperren. Ihm wird vorgeworfen viel Geld veruntreut zu haben.**

Die Dorfbewohner waren sehr aufgebracht. Der Bürgermeister hat scheinbar große Mengen Geld veruntreut indem er Gelder für zahlreiche Städtische Bauprojekte verplante, diese aber dann nicht durchführte. Unter anderem wurde angegeben Geld für 3 neue Bushaltestellen zu verwenden, die niemals gebaut wurden. Andere Bushaltestellen sollten erneuert werden. Zahlreiche Straßen sollten ausgebessert werden und eine Verkehrskreuzung komplett überholt. Nichts davon ist geschehen, die Gelder hat der Bürgermeister scheinbar aus der Behörde entwendet und sich mit anderen Regierungsmitgliedern geteilt. Die Aufständigen, vorallem indigener natur, sperrten den Bürgermeister daraufhin in das Gefängnis der Stadt. Er setzte aber einen Hilferuf über einen der Arbeiter des Gefängnisses ab und verständigte so die Bundesregierung, die nun Soldaten und Polizei sowie einige Milizen ins Ort schicken wird um den Bürgermeister zu befreien. Viele Aufständige haben sich mit bewaffnet (Schusswaffen) und wollen den Militärs und Polizisten so gegenüber treten.

[de.indymedia.org/2004/08/89050.shtml](http://de.indymedia.org/2004/08/89050.shtml)

## Aristide-Unterstützer demonstrieren in Haiti

von Jens Steiner - 15.08.2004

**Anhänger des demokratisch gewählten haitianischen Präsidenten Jean-Bertrand Aristide demonstrieren unter Lebensgefahr vom 12. - 14.8. in Milo und Cap Haitian anlässlich des Jahrestages der haitianischen Revolution von 1791.**

Im Februar wurde Aristide durch einen Staatsstreich mit Unterstützung der USA, Kanadas und Frankreichs entmacht. Eine Delegation internationaler Beobachter ist bereits nach Haiti gereist, um die Demonstrationen zu begleiten. Eine Karawane der Gerechtigkeit führt vorbei an Orten, an denen es zu Militär-Attacken und Menschenrechtsverletzungen durch Aristide-Gegner und Gerard Latortue-nahe Streitkräfte gekommen ist. Für den 14. August sind gewaltfreie Märsche in Port-au-Prince und Cap Haitian geplant.

[Feature: de.indymedia.org/2004/08/89256.shtml](http://Feature: de.indymedia.org/2004/08/89256.shtml)

## Maulkorb für Sportler bei Olympia

von Jens Steiner - 14.08.2004

**Sportlerinnen und Sportler, die an den olympischen Spielen teilnehmen, droht die Disqualifizierung, wenn sie ihre Eindrücke und Erlebnisse selbst im Internet veröffentlichen. Dies bezieht sich nicht nur auf Nachrichten- und Sportportale, sondern auch auf private Weblogs. Die Berichterstattung von den olympischen Spielen in Griechenland ist nur akkreditierten Journalisten kommerzieller Medien vorbehalten. Bereits bei den Spielen in Sydney im Jahr 2000 mussten sich die Olympioniken verpflichten, während der Sportveranstaltung nichts im Internet zu veröffentlichen.**

In einem acht Seiten umfassenden Schreiben machte das IOC die Sportlerinnen und Sportler

darauf aufmerksam, dass deren Aktivitäten im Netz durch sogenannte Internet-Detektive überwacht werden. Dies bestätigt auch ein Bericht des Internet-Portals Politik Digital. Grundlage dafür sei Artikel 59 der olympischen Charta. Dieser besagt, dass während der Dauer der Olympischen Spiele können Athleten, Trainer, Presse-Attachés oder andere akkreditierte Teilnehmer nicht als Journalisten oder in einer mit den Medien verbundenen Funktion akkreditiert oder tätig werden dürfen.

**In einer Ergänzung zum Artikel heisst es:**

Die offiziellen Zutrittsregeln zu den Olympischen Spielen sind im Interesse der Sponsoren verschärft worden. So ist es nun offiziell verboten Produkte, die nicht von Sponsoren hergestellt wurden, auf das Olympiagelände mitzubringen. Dies gilt für Athleten ebenso wie für Zuschauer und Helfer. Im Klartext bedeutet dies, dass man seine Nike-Turnschuhe am Eingang ausziehen oder das Nike-Logo entfernen muss. T-Shirts mit Aufdruck müssen ausgezogen oder umgedreht werden.

Die Nahrungsmittel betreffend hat dies Konsequenzen für Pepsi-Produkte, die auch nicht erlaubt sind. Genausowenig darf man mit Burger-King-Produkten das Gelände betreten. Karten im Internet dürfen nur mit VISA bezahlt werden." aus [www.heise.de](http://www.heise.de)

[Bericht: de.indymedia.org/2004/08/89181.shtml](http://Bericht: de.indymedia.org/2004/08/89181.shtml)

## Grenzcamp verklagt Kölner Polizei

von camp03soli-Gruppe - 10.08.2004

**Das antirassistische Grenzcamp verklagt Kölner Polizei. Anzeige wg. Verfolgung Unschuldiger folgt.**

Kurz vor Ablauf der Klagefrist haben Mitte Juli stellvertretend für 684 TeilnehmerInnen des 6. antirassistischen Grenzcamp vier Frauen Klage beim Verwaltungsgericht Köln gegen den Polizeipräsidenten eingereicht. Sie waren alle Opfer der polizeilichen Räumung am 9. August letzten Jahres geworden. Drei Klägerinnen waren in Gewahrsam genommen, in eine Polizeikaserne nach Brühl verbracht und dort erkennungsdienstlich behandelt worden.

Über eine Woche lang gab es im letzten Sommer Vorträge, Diskussionen, Demonstrationen und ideenreiche Aktionen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung. Hunderte Menschen beteiligten sich an dem Camp auf den Poller Wiesen direkt unter der Südbücke. Doch ein Tag vor dem geplanten Abschluss umstellte die Polizei mit mehreren Hundertschaften das Camp und zwang alle 684 auf dem Gelände befindlichen TeilnehmerInnen zur Abgabe ihrer Personalien. 307 Personen kamen der Aufforderung der Polizei vor Ort nach, 377 AktivistInnen, die sich weigerten, wurden in Gewahrsam genommen und in die Gefangenenanstalt nach Brühl verbracht, wo dann die Identitätsfeststellung vervollständigt wurde. Die vom Kölner Rechtsanwalt Reinecke verfasste Klageschrift beantragt nun festzustellen, dass die Einkesselung und Auflösung des als Versammlung angemeldeten und bestätigten Grenzcamp rechtswidrig war. Das Verbot, das Gelände zu betreten oder zu verlassen, die Datenerhebung aller TeilnehmerInnen wie auch die Ingewahrsamnahme sind demnach rechtswidrig gewesen. Somit wurden die Betroffenen u.a. in ihrem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit verletzt.

Die Polizei hatte die Auflösung der Versammlung und alle weiteren Maßnahmen damit begründet, dass im Laufe des Grenzcamp über 80 Straftaten begangen worden seien. Vor allem deshalb sei eine Identitätsfeststellung zur späteren Strafverfolgung durchgeführt worden. Soweit die Rechtshilfegruppe des Grenzcamp und Rechtsanwalt Reinecke das Vorgehen der

Kölner Polizei überschauen können, wurden dann auch mehrere hundert Ermittlungsverfahren gegen CampteilnehmerInnen eingeleitet. Der Vorwurf lautete pauschal Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und gefährliche Körperverletzung. Oftmals begannen die Ermittlungsakten aber erst mit dem Antrag der Rechtsanwälte auf Akteneinsicht. Ein konkreter Verdacht fehlt bei den meisten Angeschuldigten. Die Justiz hat inzwischen fast alle Verfahren eingestellt. Darunter fallen auch die Strafverfahren gegen sieben CampteilnehmerInnen, die ihren Wohnsitz nicht in Deutschland hatten und deshalb für ihre Freilassung eine Sicherheitsleistung hinterlegen mussten.

Inzwischen ist eine Strafanzeige gegen die ermittelnden Polizeibeamten formuliert, die demnächst der Staatsanwaltschaft zugehen wird. Der Vorwurf lautet Verfolgung Unschuldiger und wird mit einer Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu 10 Jahre geahndet. Wie in der Anzeige formuliert, kann es nicht sein, dass die Polizei hunderte Menschen unter Generalverdacht stellt und ohne konkrete Anhaltspunkte Ermittlungsverfahren gegen sie einleitet, nur um im Nachhinein ihr eigenes rechtswidriges Verhalten gegenüber dem Grenzcamp vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen.

Insgesamt betrachtet, ist die Räumung des 6. antirassistischen Grenzcamp der abermalige Versuch gewesen, antirassistische Arbeit zu kriminalisieren. Menschen, die sich für MigrantInnen und offene Grenzen einsetzen, werden in einem System, das Abschottung und Abschiebungen praktiziert, als Bedrohung angesehen. Der rassistische Normalzustand in unserer Gesellschaft, der die Akzeptanz und damit erst die Durchführbarkeit von diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Nichtdeutsche schafft, darf nicht gestört werden. Dafür wird auch Recht gebeugt und gebrochen. Die Klage und die Strafanzeige sind der Versuch, dem auf juristischer Ebene zumindest für die Zukunft Schranken aufzuzeigen. Der politische Wille zu rassistischem Verhalten und rassistischer Politik wird dadurch nicht beeinflusst.

[Bericht: de.indymedia.org/2004/08/89010.shtml](http://Bericht: de.indymedia.org/2004/08/89010.shtml)

## Kein Strom vom AKW Gundremmingen

von Jens Steiner - 15.08.2004

**Der Block C des 1976-1984 erbauten Atomkraftwerks Gundremmingen wurde vor einer Woche vorerst stillgelegt...**

Wie auf der Website des RWE-Kraftwerks mitgeteilt wird, wurde die Anlage am 5.8. nach Abschluss des Brennelementwechsels und einer Inspektion mit dem Netz synchronisiert. Wenige Minuten nach der Synchronisation soll ein Kurzschluss im Generator aufgetreten sein. Daraufhin habe man den Block C abgefahren. Durch den aufgetretenen Schaden am Generator seien weder die Sicherheit der Reaktortechnik noch der Strahlenschutz betroffen. Nach der Ursache werde derzeit ermittelt. Das Nachrichtenportal NGO-Online berichtet jedoch, dass das AKW verheimlicht hätte, dass derartige Vorfälle bereits tagelang vorher auftraten.

Dabei bezieht sich NGO-online auf die Bürgerinitiative Energiewende atomkraftfreies Schwaben e.V.. Diese sammelte bereits im Jahr 2001 über 64.000 Unterschriften für die Abschaltung des Kraftwerks im Süden Deutschlands. Ende Juli kam es dort zu einer Funktionsstörung. Mitte Mai bildeten sich Tropfen an einem Rohr des Kühlmittelreinigungssystems. Kurz zuvor wurde festgestellt, dass die Stärke einer Wand der Kondensatablaufleitung nicht mehr den vorgeschriebenen Maßen entsprach.

[Bericht: de.indymedia.org/2004/08/89259.shtml](http://Bericht: de.indymedia.org/2004/08/89259.shtml)

### 3 Wochen Pingutopia in Köln

von Pingutopist - 13.08.2004

**Seit drei Wochen ist nun das Gelände am Eifelplatz in Köln besetzt...**

Am 23.7. besetzte der "AK Pingu" das Gelände am Eifelplatz 5 in Köln um die Forderung nach einem sozialen Zentrum praktisch zu untermauern und um den geplanten Abriss des kompletten Hügels am Eifelplatz auf dem ein Gartenbiotop liegt zu verhindern (Erklärung des "AK Pingu" zur Besetzung unter: [de.indymedia.org/2004/07/88017.shtml](http://de.indymedia.org/2004/07/88017.shtml)).

Innerhalb dieser Zeit wurden verschiedene Projekte wie ein umsonst Laden,... verwirklicht. Andere Projekte sollen auch noch entstehen. Es fanden auch verschiedene Workshops, Konzerte, ein Kindertag,... statt. Die BesitzerInnen des Geländes sind Rotonda Immobilien jedoch wird das Gelände von der LEG (Landesentwicklungsgesellschaft) verwaltet. Dies ist auch kein Zufall da die LEG zu 50% an Rotonda beteiligt ist. VertreterInnen der LEG waren mehrfach am Haus und hingen Briefe auf in denen sie darauf hingewiesen dass das Betreten des Geländes illegal ist und das sie wünscht dass das Gelände sofort verlassen wird. In diesem Falle würde die LEG die bereits gestellte Strafanzeige zurückziehen und die Staatsanwaltschaft würde das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung WOHL auch verneinen. Sollte das Gelände nicht verlassen werden würde eine Räumung bald folgen da ein Abriss unmittelbar bevorstehen soll jedoch ist zwar eine Abrissgenehmigung für das Haus erteilt aber der Bebauungsplan ist auf jeden Fall noch nicht abgesehen.

Die Reaktion der Nachbarschaft auf die Besetzung ist durchweg positiv, wenn sich auch bisher nicht sehr viele AnwohnerInnen bis auf die alternativeren von ihnen auf das Gelände getraut haben. Es gibt aber viele Menschen in der Nachbarschaft die solidarisch mit uns sind aber die aber nicht aufs Gelände kommen. Vielleicht hängt das damit zusammen das eine Hausbesetzung eine illegale Aktion ist und viele AnwohnerInnen deshalb nicht den Weg ins Haus wagen. Wobei auch zu sagen ist das in den letzten Tagen immer öfter Menschen aus der Nachbarschaft vorbei kamen die ansonsten nicht in besetzten Häusern anzutreffen sind. Die Chancen dass das soziale Zentrum also auch von Menschen die sich nicht im linken Szeneghetto aufhalten genutzt wird stehen nicht schlecht, wenn das auch noch eine Zeit dauern könnte.

Die Solidarität aus der linken Szene von Köln hielt sich sehr im Rahmen. Nur wenige AktivistInnen kommen regelmäßig vorbei um das Zentrum zu unterstützen. Dagegen muss positiv angemerkt werden dass einige Menschen spontan teilweise über 500km zurückgelegt haben um sich an diesem Projekt zu beteiligen oder auch nur um ein paar Tage mal vorbeizuschauen. Vielen Dank allen die bisher gekommen sind. Es gibt auch jetzt noch die Möglichkeit für Menschen, die Lust haben sich aktiv ins Projekt einzubringen nach Pingutopia zu ziehen. Menschen die nur kurz oder für wenige Tage vorbeikommen wollen sind natürlich genauso willkommen. Bitte kommt einfach vorbei. Wichtig zu sagen ist noch dass Pingutopia ein "offenes Projekt" ist. Das heisst natürlich nicht das Jeder Mensch egal wie sehr er sich daneben benimmt willkommen ist. Zu der Frage wie weit die Offenheit gehen kann bzw. wie mit verschiedenen Verhaltensweisen umgegangen wird wurde noch keine Einheitliche Vorgehensweise gefunden aber es ist zu hoffen das dies nur noch eine Frage der Zeit ist.

**Fotos:** [de.indymedia.org/2004/08/89131.shtml](http://de.indymedia.org/2004/08/89131.shtml)

### Hamburg: 2. Treffen des Sozialforums

von Oskar (Mülltonne) - 13.08.2004

**Am Donnerstag Abend den 12. August fand in Hamburg die zweite konstituierende Sitzung eines Hamburger Sozialforums statt. Unter anderem wurde die sofortige Aufnahme von Montag-demonstrationen beschlossen.**

Das zweite Treffen für ein Hamburger Sozialforum war gut besucht: ca. 150 Leute drängten sich auf den Stühlen in der Aula des Wirtschaftsgymnasiums in der Budapester Strasse.

Sehr große Wut war den Besuchern anzumerken, der Mitorganisator und Diskussionsleiter Andreas Grünwald hatte es nicht einfach. Eigentlich waren Workshops mit Inputs zu verschiedenen Themen des Sozialabbaus geplant gewesen, die auch stattfanden, aber der größte Teil der Anwesenden wollte auf ein entsprechendes Angebot verzichten und lieber diskutieren. Nicht jedoch über die Hintergründe der Agenda 2010, sondern darüber, wie man möglichst schnell einen breiten Protest auf die Strasse bringen kann.

Mit großen Augen wurde auf Städte wie Magdeburg geblickt, wo letzten Montag spontan 15.000 Menschen gegen den Sozialabbau auf die Strasse gingen. Dass dies auch aufgrund der Geschichte der Ostdeutschen und durch die immens hohe Arbeitslosigkeit in diesen Gebieten motiviert ist, und dass in Westdeutschland das Mobilisationspotential wesentlich geringer ist, wurde angemerkt.

Die in letzter Zeit durch die Medien gegangene Unsicherheit, ob es auch in Hamburg Montagsdemonstrationen geben wird, wurde einhellig als kontraproduktiv bewertet und beschlossen, möglichst schnell den Menschen eine Gelegenheit zu geben, ihrer Wut Ausdruck zu verleihen.

Vergangenen Montag hatte es bereits eine von einer Privatperson angemeldete und von ca. 50-100 Personen besuchte Demonstration gegeben, die durch fehlende Absprachen und Teilnahme von einer Gruppe Nazis vielfältige Diskussionen auf den Mailinglisten ausgelöst hatte.

Wie mehrere TeilnehmerInnen bemerkten, sind in der derzeitigen Situation Unterschriftensammelaktionen und Demonstrationen kein Weg, um tatsächlich Druck auszuüben. So wurde der Hamburger Volksentscheid gegen den Verkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser vom Senat nicht gewürdigt. Zwar soll man der Regierung Spuren von Panik aufgrund der Demonstrationen letzten Montag anmerken können; um jedoch Druck auszuüben, sei "ziviler Ungehorsam" wie die Besetzung und Aktionen vor Arbeitsämtern notwendig. Weitere Beschlüsse, die das Plenum fasste, ist die Unterstützung selbstbestimmten Lebens und somit des von Räumung bedrohten Wagenplatzes "Wendebekken" im Stadtteil Barmbek, sowie die unbedingte Unterstützung der Hamburger Frauenhäuser, die zur Zeit in ihrem Bestehen existenziell bedroht sind.

Wer sich über das Hamburger Sozialforum informieren möchte, findet Informationen auf [www.sozialforum-hh.de](http://www.sozialforum-hh.de). Hier besteht auch die Möglichkeit zu Kontakten zu der Vielzahl sich gerade konstituierender Stadtteilforen.

**Bericht:** [de.indymedia.org/2004/08/89089.shtml](http://de.indymedia.org/2004/08/89089.shtml)

### Hamburger "Montagsdemo" mit Oberlercher

von FAU-hamburg - 09.08.2004

**In Hamburg fand heute der Versuch einer Montagsdemo statt. Dieser sollte auf eine Weise unterhaltsam werden, wie wir es nicht erwartet hatten.**

Klaus Meier, eine in unseren Kreisen relativ unbekannte Einzelperson, die als Ein-Personen-Partei zur letzten Bürgerschaftswahl in Hamburg angetreten ist, hatte die heutige "Montagsdemo" gegen Hartz IV angemeldet. Wir, als einige Mitglieder der Hamburger FAU, gingen aus Neugierde hin. Und um "das Schlimmste zu verhindern". Daran taten wir auch gut!

Es stellte sich zunächst heraus, dass der obskure Anmelder das ganze Ding als Werbeveranstaltung für eine belanglose Broschüre („Hartz IV: Das Schlimmste verhindern“, kostet "günstige" 9,90 €) aus dem völlig unseriösen Hamburger Mole- "Verlag" gebrauchte. Das „Flugblatt“, welches von ihm zur Demo verteilt wurde, war ein Werbeflyer. Danach bemerkten wir, dass, wie in einigen ost-deutschen Städten bei den modernen "Montagsdemos" schon üblich, Nazis ihr Süppchen mit dem „Volkszorn“ kochen wollten. Diese Nazis tauchten hier in Gestalt vom (in Antifakreisen nur zu gut bekannten) Neurechte-Theoretiker-Nazi Prof. Dr. R. Oberlercher samt zweier Anhänger aus seiner Generation sowie einer unbekanntem Zahl Aufklärern auf.

Wir sahen es fortan als unsere Aufgaben an, die Nazis zu entfernen und die anwesenden Demonstrationswilligen über den nur allzu durchsichtigen Werbecharakter der gesamten Veranstaltung zu informieren. In beidem waren wir, gemeinsam mit den wenigen sich der Farce bewußten Personen, erfolgreich. Von den insgesamt anwesenden ca. 170 Personen liefen später nur ca. 40 auf der „Demo“ mit.

Bis die Nazis sich dann aufgrund unseres "Drängens" doch noch unter Polizeischutz davon machten, verging noch einige Zeit, da der offenbar schusselige Nazi-Professor sein Fahrrad plötzlich nicht mehr finden konnte und als er es endlich gefunden hatte war ihm die Luft aus den Reifen abhanden gekommen...

Anzumerken bleibt: Der Anmelder wollte sich trotz unserer Forderung nicht von mitlaufenden Nazis distanzieren ("Ich habe die Demo für alle angemeldet", "da kann man ja nichts gegen machen"; nach einer halben Stunde: „sie könnten ja mit einigem Abstand zur Demo laufen...“).

Diese „Demo“ war in jeder Beziehung schlecht, wir hatten allerdings unseren Spaß. Interessant und erfreulich war außerdem, mit welchem hohen Interesse unsere Flugblätter von vielen Anwesenden vor der Demo angenommen und gelesen wurden sowie die direkte positive Resonanz. In den nächsten Wochen wird es weiterhin Montagsdemos in Hamburg geben, diese dann allerdings mit anderem Anmelder (Sozialforum) ..

**Bericht:** [de.indymedia.org/2004/08/88950.shtml](http://de.indymedia.org/2004/08/88950.shtml)

don't hate the media - become the media



**selberrichten statt konsumieren!!!**